

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/22

Bonn, den 31. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Positive Aspekte überwiegen

9p

Zum neuen Entwurf eines Atomsperrvertrages

Von Gerhard Flämig, MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Atomsperrvertrag"
der SPD-Bundestagsfraktion

3

Nicht ganz so neu

40

Die Thesen des Professor Dahrendorf

4 - 5

Die Ziele einer neuen Sozialpolitik

7p

Zu einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Dr. Alfred Graef

6

Vor dem ersten Spatenstich für den Elbtunnel in Hamburg

32

Eines der größten Unterwasserbauwerke der Welt
1974 sechsspurige Autobahn 18 Meter unter dem Wasserspiegel

* * *

Positive Aspekte überwiegen

Zum neuen Entwurf eines Atomsperrvertrages

Von Gerhard Flämig, MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Atomsperrvertrag"
der SPD-Bundestagsfraktion

Kaum waren die ersten Bruchstücke und nichtamtlichen Übersetzungen des neuesten Entwurfes eines Atomsperrvertrages veröffentlicht, da tönte es in verschiedenen Ecken der Bundesrepublik: "Unannehmbar!" - "Rückschritt zur Politik von Jalta!" Es fehlt nur noch "die Hand, die verdorren soll", wenn sie "diesen Vertrag" unterschreibt.

Wenn man die amtliche Übersetzung zur Hand nimmt und den neuesten Entwurf des Atomsperrvertrages mit den bisherigen Entwürfen vergleicht, kann man objektiv feststellen, daß die positiven Aspekte des neuen Entwurfes trotz einiger Schönheitsfehler, über die gesprochen werden muß, bei weitem überwiegen. Positiv ist die in Artikel sechs festgelegte Verpflichtung aller Vertragsparteien zu werten, wonach über wirksame Maßnahmen bezüglich der Beendigung eines atomaren Wettrüstens und eine allgemeine vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle verhandelt werden soll.

Ein eindeutiger Fortschritt ist auch der neue Artikel drei. Dort wird bestimmt, daß der ausschließliche Zweck des Sperrvertrages darin besteht, eine Abzweigung atomarer Energie aus der friedlichen Verwendung zugunsten von Atomwaffen oder anderen atomaren Sprengvorrichtungen zu verhindern. Wahrscheinlich auf deutsche Einwände hin wurden die Kontrollvorschriften verändert. Nicht mehr die A n l a g e n zur Herstellung, Verwendung und Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen sollen kontrolliert werden, sondern lediglich der "Spaltmaterialfluß".

Überträgt man diese Bestimmung auf ein Beispiel aus dem Gebiet der herkömmlichen Brennstoffe, so sieht die Sache folgendermaßen aus:

Nehmen wir an, es gäbe eine Kontrolle für die Verwendung von Braunkohle. Die seitherigen Vertragsentwürfe sahen vor, daß die Bergwerkeinrichtungen, die Brikettpressen, die Herde und Kachelöfen und sogar die Ascheeimer regelmäßig inspiziert würden. Die neue Kontrolle würde sich dagegen allein auf die Feststellungen beschränken: wieviel Braunkohle wurde gefördert, wohin wurde sie geliefert, wieviel Briketts wurden daraus gepreßt, wohin wurden diese Briketts verkauft, wieviel wurden verbrannt, wieviel Asche hat das ergeben und was geschieht mit der Asche.

Es versteht sich am Rande, daß damit die einstigen Befürchtungen der Industriespionage weitgehend ausgeschaltet sind. Kein vernünftiger Atomwirtschaftler wird bestreiten, daß aus der Kontrolle des Mengenflusses von spaltbarem Material kaum Rückschlüsse auf die technischen Einzelheiten der Brennelementherstellung, der Reaktortechnik oder der Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente zu ziehen sind. Wie einige Politiker zu der Behauptung kommen, der neue Vertragsentwurf verhindere die deutsche Reaktorindustrie, bleibt daher unerfindlich.

Wer aber kritisiert, der neue Atomsperrvertrags-Entwurf sähe keine Verpflichtung der Kernwaffenstaaten vor, spaltbares Material an kernwaffenlose Staaten zu liefern, der hat eins nicht beachtet: der ganze Atomsperrvertrag behandelt lediglich das, was verboten ist, nicht aber das, was erlaubt ist!

Eindeutig positiv ist zu werten, daß der neue Vertragstext ausdrücklich zusichert, daß Kontrollmaßnahmen zu keinen Behinderungen der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung des Partnerstaates und auch zu keiner Behinderung in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie führen dürfen. Außerdem dürfen Kontrollmaßnahmen den internationalen Warenaustausch von kern-technischen Geräten und Materialien sowie die Verwendung und die Produktion von nuklearem Material für friedliche Zwecke nicht beeinträchtigen.

Gewiß - die Vertragsdauer von 25 Jahren ist eine lange Zeit. Man sollte sie im Zusammenhang mit den Revisionsmöglichkeiten, die vorgesehen sind, noch einmal überprüfen. Sollte sich der Vertrag nicht bewähren, so kann er, auch kurzfristig, mit einfacher Mehrheit beendet werden. Es ist außerdem ein Fortschritt, daß faktisch jeder Staat ein Vetorecht gegen Vertragsänderungen hat, so daß der Vertrag nicht etwa mit Mehrheit zu Lasten der Bundesrepublik verschlechtert werden kann.

Wenn eingewandt wird, der Atomsperrvertrag verhindere die Bildung einer europäischen atomaren Verteidigungsmacht, so ist dazu folgendes zu bemerken: Zunächst ist es den Europäern noch nicht einmal gelungen, aus dem Miniatur-Europa der Sechs und deren Wirtschaftsgemeinschaft wenigstens die Ansätze einer politischen Gemeinschaft zu entwickeln. Das bundesstaatliche Europa ist noch in weiter Ferne. Und noch weiter ist die Verwirklichung des Hallstein-Traumes von der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Wenn es aber so weit kommt - und für eine politische Vereinigung Europas sollten wir uns tatsächlich einsetzen - dann sind neue Fakten geschaffen. Ein neu geschaffener Bundesstaat Europa hätte selbstverständlich auch zu überprüfen, in welche Verträge er eintreten will. Ein neues Völkerrechtssubjekt kann nicht im voraus gebunden werden.

Berechtigt erscheint allenfalls der Einwand, daß sich die Bundesrepublik eines Teiles ihrer Rechte begeben hat, als sie den EURATOM-Vertrag unterschrieb, dessen Artikel 103 bestimmt, daß kein Vertragsteilnehmer Bindungen eingehen darf, die den EURATOM-Vertrag berühren, ohne vorher die EURATOM-Behörde zu konsultieren. Die Bundesrepublik wird sich auch der Unterstützung befreundeter Staaten zu versichern haben, damit ein befriedigendes Verifikationsabkommen zwischen EURATOM und der Wiener IAEA-Kontrollbehörde zustande kommt. An die Ausarbeitung der Grundzüge eines solchen Abkommens sollte beschleunigt herangegangen werden.

Das Vertragsziel des Atomsperrvertrages ist die nukleare Abrüstung und die Verhinderung des Ausbreitens von Atomwaffen. Die Bundesrepublik hat auf die Herstellung und Besitz atomarer Waffen verzichtet. Sie ist, wie in all den zurückliegenden Jahren wiederholt erklärt wurde, daran interessiert, daß auch andere Staaten, die den "Sündenfall" nicht getan haben oder tun konnten, die gleichen Bindungen eingehen. Das kann durch diesen Vertrag geschehen. Wir sind heute nicht nach einer Ratifikation gefragt. Denkbare weitere Verbesserungen des Vertragsentwurfes sollten nicht überschätzt werden. Sie rangieren in der Rangordnung jedenfalls weit unterhalb der Friedenspolitik der Bundesregierung, die weder im Westen noch im Osten unglaubwürdig werden darf.

Nicht so ganz neu

Die Thesen des Professor Dahrendorf

sp - Professor Dahrendorf hat, wie zu erwarten war, auf dem FDP-Parteitag in Freiburg einen Achtungserfolg errungen. Dies nicht nur, weil er mit Dutschke vor den Toren des Parteigebäudes diskutierte, sondern auch, weil er im Kongreß selbst einige Thesen verkündete, die den Delegierten als etwas ganz Neues erschienen sein müssen.

So loderte z.B. der Beifall auf, als Dahrendorf forderte, alle Bürger müßten in gleicher Weise Zugang zu Bildungs- und zu sozialen Einrichtungen, insbesondere auch zu Einrichtungen der Heilbehandlung und der Unterstützungsinstitutionen für sozial Schwache haben. Oder: Die Menschen müßten durch entsprechende Ausbildung und durch den radikalen Abbau traditioneller Werte in den Stand gesetzt werden, auf die sich ständig wechselnden Gegebenheiten der Gesellschaft zu reagieren. Der Professor meinte auch, beruflicher Aufstieg dürfe nur auf dem Leistungsprinzip beruhen. Und ganz modern war die Forderung Dahrendorfs, den Arbeitnehmern müßten auch im Bereich der Wirtschaft mit Hilfe einer erweiterten Mitbestimmung Bürgerrechte eröffnet werden.

Das klingt wirklich alles sehr modern, gehört aber schon seit Jahrzehnten zum Katalog politischer Forderungen aller sozialdemokratischen Parteien in der ganzen Welt. Ob die Delegierten aus diesem Grunde den Professor aus Konstanz feierten, ist nicht ganz klar. Jedenfalls feierten sie ihn und bedachten alle seine Forderungen mit starkem Beifall.

Interessant, aber auch nicht neu, sind die außenpolitischen Forderungen Dahrendorfs. Er verlangt Offenheit nach außen und eine Politik der übernationalen Verbindungen sowie einen Verzicht auf jede langfristige Wirtschaftsausterkie als Leitfaden der Politik.

Fast gleichlautend sind diese Forderungen mit jenen Postulaten einer internationalen Politik, die die Sozialistische Internationale seit ihrem Bestehen in ihrer Programmatik enthält.

Zweifellos weiß das Professor Dahrendorf auch. Ob sich allerdings alle seine Zuhörer dessen bewußt sind, mag dahingestellt sein. Das ist aber auch unwichtig. Wichtig ist nur, daß die Partei, in deren Reihen Professor Dahrendorf jetzt für die Verwirklichung seiner Ideen kämpft, eines Tages auch bereit ist, für die von ihr mit Beifall bedachten Forderungen geradezustehen.

Wir wollen es hoffen, denn erst in der harten politischen Praxis und in der ständigen Auseinandersetzung mit den Gegnern solcher Forderungen, wie sie Professor Dahrendorf jetzt in Freiburg verkündet hat, wird sich zeigen, aus welchem Holz er selbst und die ihm jetzt zujubelnden Delegierten sind.

Die Ziele einer neuen Sozialpolitik

Zu einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. A.G. - Obgleich die Sozialpolitik gegenüber der Konjunkturpolitik unter der neuen Bundesregierung etwas ins Hintertreffen geraten ist, gibt es doch sehr starke in der politischen Verantwortung stehende Kräfte, die die Ziele einer neuen Sozialpolitik bereits jetzt sehr deutlich abgesteckt haben.

Dies ließ die vom 23. bis 25. Januar von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete Tagung in Bergneustadt deutlich erkennen. Drei Themen waren es, die im Mittelpunkt dieser Tagung standen: Die neue Wirtschaftspolitik, die mittelfristige Finanzpolitik und das Thema: Die Voraussetzung für eine gerechte Sozialpolitik.

Gerade das letzte Thema war es, daß die Tagungsteilnehmer am meisten bewegte, ja vielleicht sogar ein wenig erregte; konnte man doch an den Ausführungen der Referenten erkennen, wie vieles noch auf diesem Gebiet im Argen liegt, wie viele dringend nach Lösung verlangende Probleme in der Vergangenheit einfach liegen gelassen wurden, in der irrigen Meinung, der Wohlstand und die soziale Sicherheit sei in der Bundesrepublik allgemein verbreitet. Schon eine relativ geringe Krise hat aber offenbart, welch Gaukelspiel mit jenen getrieben wurde, die mit der Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, und deren Einkünfte nur diesen Unterhalt und nicht mehr gewährleisten. Besonders die Krise an der Ruhr hat gezeigt, daß für den Arbeitnehmer in keiner Art und in keiner Richtung Vorsorge im Falle einer Strukturkrise, die schon seit vielen Jahren erkennbar war, getroffen wurde.

Das Erbe, das hier die neue Bundesregierung und die neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen angetreten haben, ist deshalb eine schwere Last, die nur unter Aufbietung aller produktiven Kräfte zu tragen und zu meistern sein wird. Ullrich Weisser vom Bundeswirtschaftsministerium deutete in seinem Referat an, daß die Wirtschaft einen an konkreten Daten nachweisbaren Aufschwung zu verzeichnen habe, der aber noch nicht ausreiche, schon jetzt alle wichtigen sozialpolitischen Ziele anzusteuern. In diesem Jahr rechnet das Bundesministerium mit einem Wachstum des Bruttosozialproduktes um 3 Prozent. Prognosen einiger wirtschaftswissenschaftlicher Institute lauteten sehr optimistisch auf 5 Prozent. Wahrscheinlich würden aber die bisherigen Maßnahmen rein finanzpolitischer Natur nicht ausreichen, um den Konjunkturaufschwung zu sichern. Es müßten auch solche Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, die auf die Steigerung des Massenkonsums ausgerichtet sind, evtl. eine aktivere Lohnpolitik oder steuerliche Vergünstigungen.

Solche Maßnahmen würden auch ihre sozialpolitische Wirkung nicht verfehlen.

Dr. Schüler, wissenschaftlicher Assistent der Bundestagsfraktion der SPD, erläuterte gerade auch im Hinblick auf die sozialpolitischen Zielsetzungen die Aufgaben der Finanzreform.

Sehr ausführlich befaßte sich Friedrich Ziegler, der persönliche Referent des Arbeits- und Sozialministers von Nordrhein-Westfalen, mit den anstehenden sozialpolitischen Problemen. Es gäbe sozialpolitische Nah- und Fernziele. Kurzfristig zu lösen sei das Problem der Arbeitsbeschaffung für die arbeitslos gewordenen Bergarbeiter an der Ruhr. Die Frage der Umschulung müßte auch mit Hilfe der Lehrwerkstätten der Großindustrie schleunigst angepackt werden. Für ältere Arbeiter müßten "spezielle Altersberufe", wie z. B. auf dem Gebiet des Sanitätsdienstes und der Wohlfahrt geschaffen werden. Die Krankenhäuser brauchen dringendst solches Hilfspersonal. Außerdem sei die Einführung "gleitender Pensions- und Altersgrenzen" erforderlich. Die erste Grenze müßte bereits bei 50 Jahren beginnen, den gesunden und rüstigen, in jeder Hinsicht leistungsfähigen Menschen müßte andererseits die Möglichkeit eingeräumt werden, auch über die 65 Jahre hinaus zu arbeiten, wenn sie es wollen.

Das Fernziel der neuen Sozialpolitik sei dagegen "die sozialpolitische Sicherung der Gesamtgesellschaft". Hier gäbe es einen ganzen Fächer von Aufgaben, die zu lösen sind. Diese Aufgaben könne aber kein Land allein meistern, sondern hier müßte der Bund federführend werden. Hierher gehöre die Steigerung des Sozialleistungsangebots, aber auch die bessere Gestaltung der Schul- und Berufsausbildung der Arbeitnehmer nach einem ganz neuartigen System. Eine Lösung dieses Problems könnte schon bald das dem Bundestag vorliegende Berufsausbildungs- und Arbeitsförderungsgesetz bringen. Es gehörten aber auch grundlegende sozialpolitische Umstrukturierungen dazu.

+ + +

Vor dem ersten Spatenstich für den Elbtunnel in Hamburg

Eines der größten Unterwasserbauwerke der Welt
1974 sechsspurige Autobahn 18 Meter unter dem Wasserspiegel

Im März wird in Hamburg mit einem der größten Unterwasserbauwerke der Welt begonnen. Dann wird der erste Spatenstich für den Elbtunnel vorgenommen, der 1974 als sechsspurige Autobahn seiner Bestimmung übergeben werden soll. Die Elbunterquerung im Westen Hamburgs wird einschließlich der Anschlußstücke rund 790 Millionen DM kosten. Die Hansestadt selbst wird sich mit 270 Millionen DM beteiligen.

Der neue Elbtunnel ist das größte Ingenieurprojekt Norddeutschlands seit Kriegsende. Durch ihn wird einmal der innerstädtische Verkehr in Hamburg entlastet. Vor allem aber bekommt die Autobahn von Hamburg nach Flensburg mit Abzweigung nach Kiel einen direkten Anschluß an das südlich von Hamburg ausgehende Autobahnnetz in Richtung Hannover und Bremen.

- * Die Autobahnstrecke von Hamburg nach Flensburg soll etwa 1972 fertiggestellt sein. Bis dahin will auch Dänemark große Teile seiner Autobahn von Flensburg bis hinauf nach Aalborg in Dienst gestellt haben. Durch den Elbtunnel und die neue Autobahn dürfte sich die Strecke von Hamburg nach Aalborg um drei bis vier Stunden verkürzen. Vor allem aber gibt es dann eine direkte Verbindung zu den Fremdenverkehrsgebieten und neuen Industriezentren im dänischen Jütland aber auch Schleswig-Holsteins.

Nach den Schätzungen werden voraussichtlich 1974 bei der Inbetriebnahme des gesamten Tunnels sofort 75.000 Automobile täglich die Elbe benutzen. Das ist eine der stärksten Verkehrsmessierungen in Westeuropa. Auch aus diesem Grund ist der Tunnelbau so dringend geworden. Im Gegensatz zu anderen Weltstädten, die von Flußmündungen durchschnitten werden, verfügt Hamburg nur über zwei Elbbrücken.

Der Tunnelbau wird ein Meisterstück der Ingenieurkunst. Das Mittelstück soll durch acht Dreifachröhren von 130 m Länge und 42 m Breite zusammengefügt werden. Zunächst wird eine Baggerrinne quer zur Elbe angelegt. Dann werden die Röhren in die Rinne versenkt und zusammengefügt. Sie werden dann 18 m unter dem Wasserspiegel liegen, so daß die Großschifffahrt nicht behindert wird.